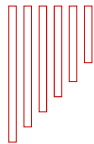


B.4a. Pflegeversicherung

B.4a.1. Grundlagen



- Hintergrund
 - Zunehmende Pflegebedürftigkeit im Alter
 - Zurückgehende Bereitschaft oder Fähigkeit, Familienangehörige innerhalb der Familie zu versorgen
 - Mangelnde finanzielle Mittel zur Finanzierung externer Pflegekräfte
 - Inanspruchnahme der Sozialhilfe (Hilfe zur Pflege)
- Einführung der Sozialen Pflegeversicherung 1995
 - Umlageverfahren, Sofortiger Beginn der Leistungen
 - Einführungsgewinn aktuelle Leistungsempfänger
 - „Erbenversicherung“
- Träger
 - Pflegekassen der gesetzlichen Krankenkassen
 - Versicherungspflicht für privat Krankenversicherte
 - Ergänzungsvertrag zur Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit

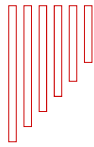


B.4a. Pflegeversicherung

B.4a.2. Leistungen



- Leistungsgrundsätze
 - Prävention und Rehabilitation vor Pflegeleistungen
 - Ambulante Pflege vor teilstationären und vollstationären Pflegeleistungen
 - Budgetierung der Leistungen
 - Zur Gewährleistung von Beitragsstabilität
- Pflegegeldzahlungen
 - Häusliche Pflege
 - durch selbst beschaffte Pflegepersonen
 - durch einen ambulanten Pflegedienst
 - Teilstationäre Pflege (Tages- oder Nachtpflege)
 - Leistungen für die Dauerpflege (vollstationäre Versorgung)
- Leistungshöhe nach Pflegebedürftigkeit
 - Pflegestufe I – erhebliche Pflegebedürftigkeit,
 - durchschnittlicher Hilfebedarf mindestens 90 Minuten pro Tag
 - Pflegestufe II – schwere Pflegebedürftigkeit,
 - durchschnittlicher Hilfebedarf mindestens 180 Minuten pro Tag
 - Pflegestufe III – schwerste Pflegebedürftigkeit
 - durchschnittlicher Hilfebedarf mindestens 300 Minuten pro Tag

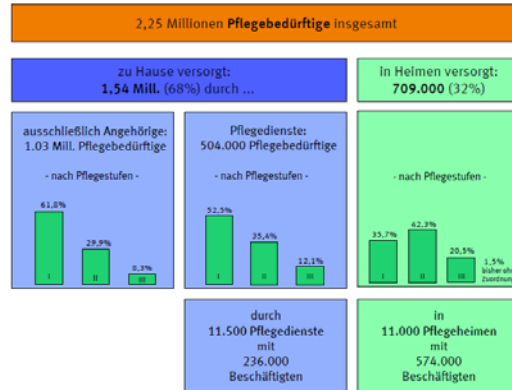


B.4a. Pflegeversicherung

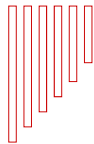
B.4a.3. Pflegestatistik 2007



„ECKDATEN“ PFLEGESTATISTIK 2007



Quelle: Statistisches Bundesamt.

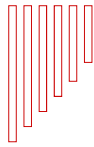


B.4a. Pflegeversicherung

B.4a.4. Finanzierung



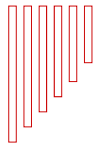
- ☐ Beitragssatz 1,95 %
 - ☐ Häftig Arbeitnehmer/Arbeitgeber
 - ☐ Außer in Sachsen: 1,475 % Arbeitnehmer (Buß- und Betrag)
- ☐ Zusatzbeitrag für Kinderlose 0,25 %
- ☐ Nachhaltigkeitsprobleme bei Finanzierung
 - ☐ Demographischer Wandel, medizinischer Fortschritt, sozialer Wandel



B.4b. Unfallversicherung



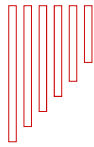
- Aufgaben und Ziele
 - Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren verhindern
 - Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Versicherten wiederherstellen
 - Entschädigungsleistungen und Einkommensersatzleistungen
 - Verletztengeld, Verletztenrente, Hinterbliebenenrente
 - Vollrente: zwei Drittel des Arbeitsverdienstes
- Versicherte
 - Pflichtversicherte: Beschäftigte, Schüler, Studenten, Auszubildende, Kinder in Kitas, Landwirte, Pflegepersonen, Helfer, Blut- oder Organspender
 - Freiwillig Versicherte
 - Unternehmer (außer Friseure)
 - Selbstständige und mitarbeitende Ehegatten
- Träger: Landwirtschaftliche und gewerbliche Berufsgenossenschaften, Unfallkassen der öffentlichen Körperschaften
- Finanzierung im Umlageverfahren
 - Arbeitgeberbeiträge bzw. eigene Beiträge der Selbständigen nach Arbeitsentgeltsumme und Gefahrklasse
 - Kindergartenkinder, Schüler und Studenten: Steuerfinanzierung über öffentliche Haushalte
- Kritik: Wenig Wettbewerb, teilweise zu großzügige Leistungen



B.4c. Beamtenversorgung



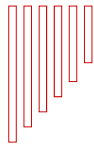
- Steuerfinanziertes Altersvorsorgesystem für Beamte im Umlageverfahren
 - Bisher bundeseinheitlich geregelt (BeamtVG), inzwischen dezentralisiert
- Ruhegehalt
 - Alter oder Dienstunfähigkeit nach Dienstzeit von fünf Jahren
 - Einstweiliger Ruhestand bei „politischen Beamten“
- Versorgung nach den Bezügen der letzten Besoldungsgruppe
 - soweit mindestens 2 Jahre bestanden
 - je Dienstjahr Anspruch auf Ruhegehalt von 1,79375 %-Punkte
 - Maximal 71,75 %-Punkte (Wert für 40 Dienstjahre)
 - Steuerpflichtig als Lohn Einkommen, „nachgelagerte“ Besteuerung
- Erwerbsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenversorgung
- Nachhaltigkeitsprobleme bei Finanzierung
 - Keine Rücklagen, hohe Versorgungsleistungen und hohe Lebenserwartung Pensionäre
 - Durchschnittspension (Bund): 2 500 Euro/Monat (Durchschnittsrente: 1 000 Euro/Monat)
 - „Wirkungsgleiche“ Umsetzung der Rentenreformen
 - Anhebung Altersgrenze auf 67 Jahre (bisher 65 Jahre)
 - 2011-2017: Besoldungsanpassungen jährlich 0,2 % geringer zum Aufbau einer Versorgungsrücklage



B.4d. Betriebliche Altersversorgung



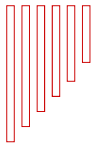
- ☐ Versorgungsleistungen als lebenslange Altersrente oder in Form eines Auszahlungsplans mit unmittelbar anschließender Restverrentung
- ☐ „Durchführungswege“
 - ☐ Direktzusage: Arbeitgeber bildet Rückstellungen, Versicherung im Pensionssicherungsverein
 - ☐ Versicherungsförmige Konzepte
 - ☐ Unterstützungskasse: formal keinen Rechtsanspruch, beitragspflichtig im Pensionssicherungsverein
 - ☐ Pensionskasse: Selbständiges Versicherungsunternehmen, betriebsorientiert (Großunternehmen)
 - ☐ Direktversicherung: nicht betriebsorientiert, Verträge mit Versicherungsgesellschaft
 - ☐ Pensionsfonds: Höhere Aktienquote zulässig im Vergleich zu Pensionskasse oder Direktversicherungen, beitragspflichtig im Pensionssicherungsverein
 - ☐ Angestellte des öffentlichen Dienstes: VBL (Umlageverfahren)
- ☐ Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Entgeltumwandlung
- ☐ Langfristiger Übergang zur „nachgelagerten“ Besteuerung, entsprechend gesetzlicher Rente



B.4e. Kinder- und Jugendhilfe



- ☐ Leistungen öffentlicher und freier Träger zugunsten junger Menschen und deren Familien
 - ☐ Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Jugendschutz
 - ☐ Förderung der Erziehung in der Familie
 - ☐ Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
 - ☐ Hilfen zur Erziehung (u. a. Erziehungsberatung, Vollzeitpflege, Sozialpädagogische Familienhilfe, Heimerziehung)
- ☐ Teilweise Rechtsanspruch, teilweise Pflichtaufgaben ohne individuellen Rechtsanspruch
 - ☐ Teilweise Gebührenpflicht
- ☐ Träger: Länder und Kommunen
 - ☐ Weitgehende Einbeziehung von freien Trägern für die konkrete Leistungserbringung

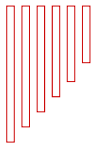


A.2. Grundlagen

A.2.1. Öffentliche Güter und Steuern/Abgaben (1)



- ☐ Reine öffentliche Güter => Steuerfinanzierung
 - ☐ Kollektivgüter, keine Rivalität beim Konsum
 - ☐ keine Ausschließbarkeit beim Konsum
 - ☐ Beispiele: Öffentliche Ordnung und Sicherheit (Polizei, Feuerwehr, Justiz, Verteidigung), Wirtschaftsordnung, Umweltschutz, soziale Grundsicherung, Umverteilung der Einkommen und Vermögen
- ☐ Mischgüter => Finanzierung durch Steuern, Beiträge, Gebühren
 - ☐ Ausschließbarkeit beim Konsum möglich, aber technisch nicht realisierbar oder zu teuer
 - ☐ „Meritorische“ Güter, Marktregulierung
 - ☐ Beispiele: Infrastruktur, Soziale Sicherung jenseits Grundsicherung, Wohnungspolitik, Bildung, Kultur, Sport, Freizeit
 - ☐ Grundsätzlich auch Privatisierung möglich
- ☐ Private Güter: Bereitstellung über Märkte

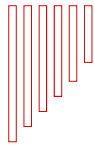


A.2. Grundlagen

A.2.1. Öffentliche Güter und Steuern/Abgaben (2)



- ☐ Reine öffentliche Güter => Steuerfinanzierung
 - ☐ Wahl der Bemessungsgrundlage
 - ☐ Einkommen, Konsum, Vermögen etc.
 - ☐ Fiskalischer Föderalismus: Finanzierung regions- oder gruppenbezogener öffentlicher Güter
 - => Steuern mit regionaler/gruppenbezogener Inzidenz
 - ☐ Kommunalbesteuerung
 - ☐ „Parafiskalische“ Sonderabgaben und Beiträge: Abgaben für spezielle Gruppenbedarfe
 - ☐ Lenkungsziele: Steueraufkommen Nebenzweck
- ☐ Mischgüter => Finanzierung durch Steuern, Beiträge, Gebühren
 - ☐ Mehr oder weniger Äquivalenz zu Leistung
 - ☐ Grundsätzlich auch Privatisierung möglich
 - ☐ Regulierung kann öffentliche Interessen gewährleisten



A.1. Entwicklung der Steuersysteme Das Steuersystem – Gliederungen



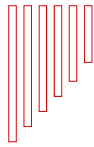
- ☐ Direkte- indirekte Steuern
- ☐ Fiskalischer Steuerzweck/Finanzsteuer -
Lenkungs Zwecke/Ordnungssteuer/Lenkungssteuer
- ☐ Fiskalischer Föderalismus
 - ☐ Bund-, Länder-, Gemeindesteuern, EU (Zölle)
 - ☐ Kompetenzen: Aufkommen, Gesetzgebung, Verwaltung
- ☐ Haupt- und Ergänzungssteuern, Mehrgliedrige Steuern
 - ☐ Z.B. Einkommensteuer
 - ☐ Quellensteuern wie Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, Zinsabschlag
 - ☐ Z.B. Mehrwertsteuer
 - ☐ Einfuhrumsatzsteuer für Importe



A.2. Grundlagen A.2.1. Grundbegriffe der Steuerlehre (1)



- ☐ Steuersubjekt
 - ☐ Steuerschuldner/Steuerzahler
 - ☐ Steuerträger („Zensit“), Steuerdestinatar
- ☐ Steuerobjekt
 - ☐ Steuerbemessungsgrundlage
 - ☐ Stücksteuern (z.B. Energiesteuer, Kaffeesteuer)
 - ☐ Wertsteuern
 - ☐ Stromgröße (Einkommen, Konsum)
 - ☐ Bestandsgröße (Vermögen)



A.2. Grundlagen

A.2.1. Grundbegriffe der Steuerlehre (2)



- **Steuertarif**
 - $T = t(B)$
 - Grenzbelastung: $t' = dT/dB \Rightarrow$ maßgeblich für *Substitutionseffekt* und somit für *Anreizwirkungen*
 - Durchschnittsbelastung: $t = T/B \Rightarrow$ maßgeblich für *Einkommenseffekt* und somit für *Belastungswirkungen*
- Direkte und indirekte Progression und Regression
 - Immer bezogen auf *Durchschnittsbelastung*
- Negative Steuern: Integration von (Einkommen-)Steuern und Sozialtransfers

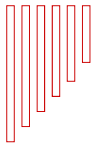


A.2. Grundlagen

A.2.3. Alternative Bemessungsgrundlagen (1)



- **Einkommen**
 - Persönliche Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Unternehmensteuern auf Gewinn/Wertschöpfung
- **Konsum/Ausgaben**
 - Allgemeine persönliche Konsumsteuer: Einkommen minus Ersparnisse
 - Indirekte Konsumsteuer
 - Allgemein: Umsatzsteuer, Mehrwertsteuer
 - Spezielle Verbrauchsteuern: Energiesteuer, Tabaksteuer, Alkoholsteuern

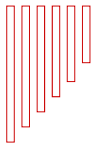


A.2. Grundlagen

A.2.3. Alternative Bemessungsgrundlagen (2)



- Vermögen
 - Allgemeine persönliche Vermögensteuer: Bruttovermögen minus Schulden (= Reinvermögen), minus persönlicher Freibetrag
 - Spezielle Vermögensteuern auf einzelne Vermögensgüter
 - Grundsteuer
 - Vermögenstransfersteuer: Erbschaft- und Schenkungsteuer
 - Reinvermögen Nachlass
 - Nachlasssteuer (nach Freibetrag)
 - Anfallsteuer (nach persönlichem Freibetrag)
 - Vermögensverkehrsteuern: Grunderwerbsteuer, Börsenumsatz-/Finanztransaktionssteuern

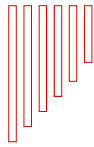


A.3. Steuerwirkung

Anpassungsreaktionen der Steuerpflichtigen (1)



- Substitutionseffekt: Steuervermeidung
 - Zerlegung in Substitutions- und Einkommenseffekt
 - mikroökonomische Theorie (Slutzky-Gleichung)
 - Substitutionseffekt misst reine Anpassungsreaktion
 - Einkommens- oder nutzenkompensiert
 - Besteuerte Größe wird zugunsten nicht oder weniger hoch besteuerten Größe substituiert
 - Ausgelöst durch die Änderung verhaltensrelevanter Größen
 - Relative Preise etc.
 - „Verzerrung“, excess burden/Wohlfahrtsverlust
 - Beseitigung erhöht Wohlfahrt aller
 - Verlierer kompensieren



A.3. Steuerwirkung

Anpassungsreaktionen der Steuerpflichtigen (2)



- Beispiele für Substitutionseffekte
 - Arbeitszeit-Freizeit-Wahl, Erwerbstätigkeit, Bildung
 - Sparen/Investieren vs. Konsum
 - Investitionsportfolio
 - Unternehmen: Investitions- und Standortentscheidungen, Finanzierung, Rechtsformwahl
 - Zeitliche Substitution (Abschnittsbesteuerung, Steuersatzvariation)
 - Familienstand, Kinder
 - Steuerwiderstand, Steuerhinterziehung
- Aber: Auch Einkommenseffekte wirken
 - Effekt unbestimmt: Auch „Steuereinhaltung“ möglich

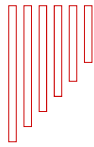


A.3. Steuerwirkung

Messung der Anpassungsreaktionen oder Steuerwirkungen



- Elastizitäten:
relative Veränderung abhängige Größe
zu relative Veränderung Steuersatz
 - Arbeitsangebotswirkungen auf Lohnsteuer/Sozialabgaben
 - Direktinvestitionen oder Fremdfinanzierungsquote zu Unternehmensteuersatz
- Problem: empirisch wird meist der Gesamteffekt gemessen
 - einschließlich Einkommenseffekt



A.3. Steuerwirkung Steuerüberwälzung



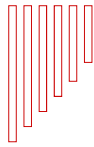
- ❑ Auf einzelnen Märkten – Partialmodell
- ❑ Auf allen Märkten – Totalmodell
 - ❑ Mit Interaktionen zwischen den Märkten
 - ❑ Gesamtwirtschaftliche Gleichgewichtsmodelle: Harberger-Modell
- ❑ Grundsätzlich gilt: Je unelastischer Wirtschaftssubjekte auf Veränderungen der relativen Preise reagieren, desto stärker tragen sie Steuerbelastung bzw. bekommen Steuerbelastung überwältigt



A.4. Einkommen- und Körperschaftsteuer A.4.1. Die deutsche Einkommensbesteuerung



- ❑ Einkommen als Indikator der steuerlichen Leistungsfähigkeit
 - ❑ Objektiv: Zusammenfassung aller steuerbaren Einkünfte
 - ❑ Subjektiv: Berücksichtigung von Minderungen persönlicher Leistungsfähigkeit
- ❑ vertikale & horizontale Gerechtigkeit
 - ❑ einheitlicher Steuertarif => horizontale Gerechtigkeit
 - ❑ mit Einkommen steigender Steuerbetrag => vertikale Gerechtigkeit



A.4. Einkommen- und Körperschaftsteuer

A.4.1. Die deutsche Einkommensbesteuerung - Einkommensdefinitionen



Quellentheorie

Reinvermögenszugangstheorie

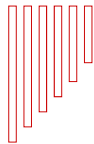
„ökonomisches Einkommen“

Enumerationsprinzip: 7 Einkunftsarten

Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen

Kinderfreibeträge

=> Zu versteuerndes Einkommen

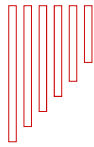


A.4. Einkommen- und Körperschaftsteuer

A.4.1. Die deutsche Einkommensbesteuerung - Einkommensteuertarif



- ☐ Tariffunktion T in Abhängigkeit vom „zu versteuernden Einkommen“ Y
- ☐ Linear-progressiver Tarifverlauf
- ☐ Steuerreform: Tarifsenkungen 1999-2005
 - ☐ Reichensteuerzuschlag 2007

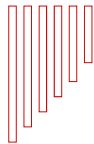


A.4. Einkommen- und Körperschaftsteuer

A.4.2. Die deutsche Unternehmensbesteuerung – Körperschaftsteuer



- ☐ „Einkommensteuer“ der juristischen Personen
- ☐ Klassisches System vs. Integrationssysteme
 - ☐ Klassisches System (Definitivbesteuerung)
 - ☐ Mit/ohne Ermäßigung bei der Einkommensteuer der Anteilseigner
 - Frage der Doppelbesteuerung
- ☐ Anrechnungsverfahren
 - ☐ Teilanrechnung
 - ☐ Vollanrechnung

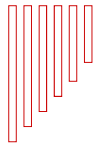


A.4. Einkommen- und Körperschaftsteuer

A.4.2. Die deutsche Unternehmensbesteuerung – Gewerbesteuer



- ☐ Kommunale Unternehmensteuer für Gewerbebetriebe
- ☐ Bemessungsgrundlagen ist der Gewerbeertrag (Gewerbekapital von 1998 an weggefallen)
 - ☐ Gewinn plus Hinzurechnungen minus Kürzungen minus Freibetrag von 24.500 Euro für Einzelunternehmer und Personengesellschaften
 - ☐ Lokale Hebesatzautonomie der Gemeinde
- ☐ Idee: Besteuerung der lokalen Wertschöpfung
 - ☐ Gewerbeertrag: Lokale unternehmens-/kapitalbezogene Wertschöpfung
 - ☐ Soll Leistungen der Kommune für lokale Wirtschaft pauschal abgelten (Äquivalenzsteuer)

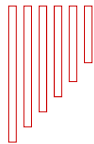


A.4. Einkommen- und Körperschaftsteuer

A.4.2. Die deutsche Unternehmensbesteuerung – Unternehmensteuerreformen 2001 und 2008



- ☐ Internationaler Steuerwettbewerb
- ☐ Senkung Steuersätze, Verbreiterung Bemessungsgrundlagen
- ☐ Unternehmensteuerreform 2001: Einführung „klassisches System“ der Körperschaftsteuer mit Halbeinkünfteverfahren
- ☐ Unternehmensteuerreform 2008: Deutliche Senkung der Unternehmensteuersätze auf unter 30 %

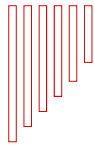


A.5. Umsatz- und Verbrauchsteuern

5.5.1. Arten der Verbrauchsbesteuerung



- ☐ Historisch: Brutto-Allphasen-Umsatzsteuer
- ☐ Netto-Umsatzbesteuerung (Konsumtyp)
 - ☐ Mehrwertsteuer: Mehr-/Allphasenbesteuerung
 - Vorumsatz-Abzugsmethode
 - Vorsteuer-Abzugsmethode
 - ☐ Verkaufsteuer (sales tax): Einphasenbesteuerung auf der letzten Handelsstufe

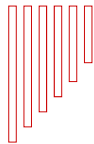


A.5. Umsatz- und Verbrauchsteuern

5.5.2. Die deutsche Umsatzsteuer



- ☐ Steuerpflichtige: Unternehmer
- ☐ Steuerpflichtig: Lieferungen und sonstige Leistungen, Eigenverbrauch, Einfuhr ins Zollgebiet, innergemeinschaftlicher Erwerb
- ☐ Steuerbefreit sind
 - ☐ „Echte“ Befreiung (mit Vorsteuerabzug): Exporte
 - ☐ „Unechte“ Befreiung (ohne Vorsteuerabzug): sonstige Steuerfreie Umsätze
- ☐ Steuersätze
 - ☐ Normalsatz: 19 %
 - ☐ Ermäßigter Steuersatz: 7 %

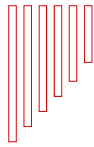


A.5. Umsatz- und Verbrauchsteuern

5.5.3. Ausgewählte Verbrauchssteuern – Übersicht



- ☐ Kraftstoffverbrauch, Energie, „ökologische Steuerreform“
- ☐ Genussmittel (Tabak, alkoholische Getränke, Kaffee)
- ☐ Kraftfahrzeuge
- ☐ Versicherungen
- ☐ Glücksspiel
- ☐ Kommunalabgaben; z.B. Hundesteuer, Getränkesteuer, Vergnügungsteuer, Jagd- und Fischereisteuer, Zweitwohnungsteuer
- ☐ Sonderabgaben (Abwasserabgabe, Sonderabfallabgabe etc.)
- ☐ Zölle und Agrarabschöpfungen

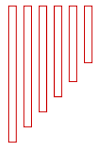


A.6. Vermögenssteuern

A.6.1. Besteuerungsformen



- ☐ Laufende Vermögensbesteuerung (Soll-Ertragsteuer)
 - ☐ Persönliche Vermögensteuer
 - ☐ Grundsteuer
 - ☐ Kapitalverkehrsteuern
- ☐ Substanzbesteuerung (einmalige Vermögensbesteuerung)
 - ☐ einmalige Vermögensabgaben im Rahmen des Lastenausgleichs
 - ☐ Erbschaft- und Schenkungsteuer
 - ☐ Grunderwerbsteuer

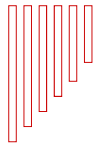


B.1. Systeme der sozialen Sicherung

B.1.1. Grundlagen (1)



- ☐ Private Versicherungsmärkte
 - ☐ individueller Risikoausgleich
 - ☐ risikoäquivalente Beiträge (faire Prämien)
 - ☐ präferenzgesteuerter Versicherungsumfang
- ☐ Partielles Marktversagen
 - ☐ Risikoneigung der Versicherten, Risikoscheu der Versicherungen
 - ☐ Armut der Versicherten
 - ☐ Adverse selection
 - ☐ Moral hazard
 - ☐ Sicherung der Versicherungsfonds
 - ☐ Risikoinfektion

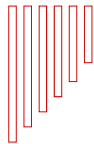


B.1. Systeme der sozialen Sicherung

B.1.1. Grundlagen (2)



- ❑ Unreguliertes Privatversicherungssystem bei Marktversagen nicht akzeptabel
 - ❑ unzureichende Risikoabdeckung
 - ❑ hohe Belastung im Bereich Fürsorge (Grundsicherung)
- ❑ Sozialversicherung oder reguliertes Privatversicherungssystem?
 - ❑ partielles Marktversagen durch Regulierungen lösbar
 - ❑ Armut/Umverteilung lösbar durch staatliche Zuschüsse zu den Versicherungsprämien

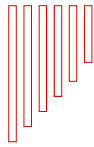


B.1. Systeme der sozialen Sicherung

B.1.3. Sozialversicherung mit reguliertem Privatversicherungssystem

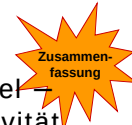


- ❑ Bismarck-System
 - ❑ Risikoausgleich über Pflichtversicherung
 - ❑ Umlageverfahren (faktisch und später de jure)
 - ❑ Ergänzende Fürsorge gegen Armut
 - ❑ politisch fixierte Versicherungsumfänge und Versorgungsniveaus
 - ❑ Primär Lohn Einkommen als Beitragsbemessungsgrundlage,
 - ❑ Vor allem Arbeitnehmer als Versichertengruppe
- ❑ Beveridge-System
 - ❑ Steuerfinanzierte Staatsbürgerversorgung
 - ❑ Soziale Sicherungsleistungen staatlich produziert
 - ❑ Politisch fixierte Leistungsniveaus
 - ❑ Leistungsniveaus überwiegend im Grundsicherungsbereich
- ❑ Fürsorgesystem: Grundsicherung bei Armut



B.1. Systeme der sozialen Sicherung

B.1.6. Soziale Sicherung im demografischen Wandel – Prognosen zu Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Produktivität



- Finanzierungsprobleme bei Umlageverfahren (Rente, Gesundheit, Pflege)
 - Simulationsrechnungen, z.B. Generationenbilanzen
- Fiskalische Nachhaltigkeit hängt ab von demographischer und wirtschaftlicher Entwicklung ab
 - Bevölkerungsentwicklung (Projektionen bis 2060)
 - Abhängig von Annahmen über Fertilität, Lebenserwartung/Mortalität, Zuwanderung
 - Erwerbsbeteiligung und Erwerbslosigkeit
 - Produktivität und Wachstum
 - Bildung, technisch/organisatorischer Fortschritt, Entwicklung der Weltwirtschaft

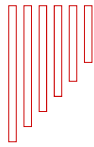


B.3. Soziale Sicherung in Deutschland

B.3.1. Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) – Versicherte, Finanzierung, Leistungen



- Versicherte
 - Gesetzlich Versicherte (Arbeitnehmer, bestimmte Selbständige)
 - Freiwillig Versicherte
- Finanzierung
 - Arbeitnehmer-/Arbeitgeberbeiträge auf Arbeitseinkommen (bis Beitragsbemessungsgrenze)
 - Bundeszuschuss
- Leistungen
 - Regelaltersrente, Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit/Erwerbsunfähigkeit, Hinterbliebenenrenten
 - Rehabilitation
 - Krankenversicherung der Rentner



B.3. Soziale Sicherung in Deutschland

B.3.1. Rentenformel zur Ermittlung der persönlichen Ansprüche



- Rentenformel
 - $PEP \times RAF \times AR = \text{Monatsrente}$
- Persönliche Entgeltpunkte PEP: Relation versichertes Arbeitsentgelte zu Durchschnittseinkommen aller Versicherten für jedes Kalenderjahr
 - Zugangsfaktor: Berücksichtigung von früherem oder späterem Rentenbeginn
- Rentenartfaktor RAF: Altersrente, Erwerbsminderungsrente, Hinterbliebenenrente
- Aktueller Rentenwert AR: Definiert Versorgungsniveau

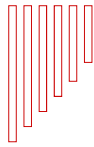


B.3. Soziale Sicherung in Deutschland

B.3.1. Versorgungsniveau und finanzielle Nachhaltigkeit



- Verteilung der demographischen Lasten auf künftige Rentner und Beitragszahler
 - Durch verringerte Rentenanpassungen: Riester- und Nachhaltigkeitsfaktor
 - Durch späteres Renteneintrittsalter
 - Durch moderaten Anstieg der Beitragssätze auf 22%
- Umlageverfahren versus Kapitaldeckungsverfahren
 - Finanzierung der Rentenversicherung im Umlageverfahren
 - „Generationenvertrag“
 - Historische Entscheidung: Einführungsgewinn für die damalige alte Generation
 - Umlageverfahren bei schrumpfender Bevölkerung stärker betroffen als Kapitaldeckungsverfahren



B.3. Soziale Sicherung in Deutschland

B.3.2. Die gesetzliche Krankenversicherung Ausgestaltung



- Gesetzliche Krankenversicherungen als rechtsfähige Körperschaften öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung
 - Pflichtversicherte: Arbeitnehmer bis Versicherungspflichtgrenze
 - Freiwillig Versicherte: Selbständige, Beamte
 - Leistungsanbieter: Ärzte, Therapeuten, Krankenhäuser, Pharmaindustrie, Apotheker
- Finanzierung: Arbeitnehmer-/Arbeitgeberbeiträge auf Arbeitseinkommen (bis Beitragsbemessungsgrenze), Bundeszuschuss
 - Gesundheitsfonds: Einheitlicher GKV-Beitrag seit 2009
- Leistungen
 - Behandlung, Rehabilitation, Prävention, Krankengeld
 - Zuzahlungen der Versicherten für Leistungen

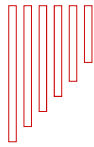


B.3. Soziale Sicherung in Deutschland

B.3.2. Die gesetzliche Krankenversicherung Alternative Finanzierungsmodelle



- Bürgerversicherung
 - Einkommensabhängige Finanzierung der GKV
 - Ausweitung der Versicherungspflicht auf gesamte Bevölkerung
 - Breitere Abgabenbasis: Weitere Einkommenskomponenten
- Gesundheitsprämie
 - Kopfpauschale: zumindest Arbeitnehmerbeitrag
 - Steuerfinanzierter Sozialausgleich bei geringen Einkommen



B.3. Soziale Sicherung in Deutschland

B.3.2. Die gesetzliche Krankenversicherung Herausforderungen Gesundheitsreform



- ☐ Bessere Anreize für effiziente Mittelverwendung und Gesundheitsvorsorge
- ☐ Längerfristig Belastungen durch demographischen Wandel und medizinischen Fortschritt
 - ☐ Ausgabensteigerungen durch medizinischen Fortschritt und Alterung
 - ☐ Finanzierungsbasis bei einkommensbezogenen Beiträgen erodiert
- ☐ Lohnbezogene Beiträge belasten Arbeitsmarkt-Beziehungen
 - ☐ Breitere Bemessungsgrundlagen (Bürgerversicherung) oder Kopfprämien

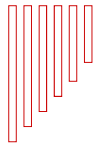


B.4. Soziale Grundsicherung

B.4.2. Arbeitslosengeld I



- ☐ Versicherungsleistung
 - ☐ Ähnlich: Konkursausfallgeld, Kurzarbeitergeld
 - ☐ Versicherte: Abhängig Beschäftigte
- ☐ Beiträge: Arbeitnehmer und Arbeitgeber, bis zur Beitragsbemessungsgrenze Rentenversicherung
- ☐ Leistungshöhe: 60% des versicherungspflichtigen Nettoentgelts (67 % mit Kind)
- ☐ Anspruchsdauer
 - ☐ 12 Monate (bei 24 Monaten versicherungspflichtiger Beschäftigung)
 - ☐ Bis zu 24 Monaten bei Arbeitslosen im Alter von 50 und älter
- ☐ Leistungen der aktiven Arbeitsförderung



B.4. Soziale Grundsicherung

B.4.2. Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe: Neukonzeption ab 2005



- ❑ Bis 2004
 - ❑ Arbeitslosenhilfe für Bezieher von Arbeitslosengeld
 - ❑ Sozialhilfe für übrige Personen ohne ausreichendes Einkommen
 - ❑ Grundsicherung im Alter
- ❑ Seit 2005
 - ❑ Wegfall Arbeitslosenhilfe
 - ❑ Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II)
 - ❑ Grundsicherung im Alter und für Erwerbsminderung (Sozialhilfe)

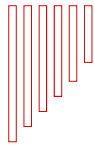


B.4. Soziale Grundsicherung

B.4.2. Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe: Leistungen



- ❑ Regelleistung seit 1. Juli 2009: 359,00 €
 - ❑ für Kinder bis 14: 60 % Regelleistung
 - ❑ für sonstige Haushaltsangehörige ohne eigenes Einkommen: 80 % Regelleistung
 - ❑ Neuregelungsauftrag des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010
- ❑ Angemessene Miete und Heizkosten für Wohnung
- ❑ Mehrbedarfzuschläge (für Alleinerziehende, Schwangere, chronisch Kranke und andere)
- ❑ Hilfen für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege
- ❑ Einmalige Beihilfen (Schwangerschaft und Geburt, Erstausrüstungen an Bekleidung, Möbeln und Hausrat, mehrtägige Klassenreisen)



B.4. Soziale Grundsicherung

B.4.2. Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe: Subsidiäre Leistungen



- ☐ Anrechnung von anderen Einkommen
 - ☐ außer bestimmten Transfers, z.B. Erziehungsgeld (bisher)
- ☐ Teilweise: Unterhaltsansprüche gegenüber Verwandten, z.B. für Ehepartner und Kinder
- ☐ Anrechnung von Vermögen oberhalb Freibeträge

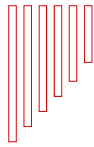


B.4a.

Weitere wichtige soziale Sicherungssysteme



- ☐ Pflegeversicherung
- ☐ Unfallversicherung
- ☐ Beamtenversorgung
- ☐ Betriebliche Altersversorgung
- ☐ Kinder- und Jugendhilfe



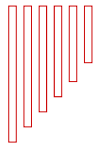
Steuer- und Sozialpolitik

Evaluation

Potsdamer Evaluationsportal (PEP)

<https://pep.uni-potsdam.de/>

Code: ce392219



Steuer- und Sozialpolitik

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Viel Glück für die Klausur!

sbach@diw.de

<http://www.diw.de>
